Veröffentlicht in: Jugendpolitik – Fachzeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, Heft 1/12

Eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus

von Ansgar Drücker

Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind auch unter jungen Menschen weit verbreitet. Trotz vielfältiger pädagogischer Aktivitäten und umfangreicher Materialien für Kinder und Jugendliche gegen Rassismus und Vorurteile sowie für Toleranz – schon ab dem Kita-Alter – zeigen Untersuchungen (etwa Heitmeyer: Deutsche Zustände) teilweise sogar eine Zunahme von rassistischen, antisemitischen, lesben- und schwulenfeindlichen, in letzter Zeit besonders auch von antimuslimischen und antiziganistischen Vorurteilen, Denkweisen und Argumentationsmustern. Sie sind bei weitem nicht nur bei rechtsextremen Jugendlichen verbreitet, sondern reichen tief in die sogenannte Mitte der Gesellschaft hinein (vgl. etwa Friedrich-Ebert-Stiftung 2010). Damit können sich auch Jugendverbände der alltäglichen Herausforderung nicht entziehen, Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu entwickeln – auch solche, die sich nach innen in den eigenen Verband hinein richten.

Die Ansätze und Zugänge der Jugendverbände gegen Rechtsextremismus sind ebenso vielfältig wie die Jugendverbandslandschaft insgesamt. Dies beginnt schon bei der Benennung des Themenfeldes. Ob von Antifaschismus oder von Neonazis. ob von "den Rechten" oder von Rechtsextremismus die Rede ist, dies ist oft ein erster Hinweis auf die politische und gesellschaftliche Verortung des Trägers oder der Initiative. In diesem Artikel wird der Begriff "Rechtsextremismus" als terminus technicus verwendet. Dies bedeutet nicht, dass die Lesart der Extremismustheorie, die "Linksextremismus" und Rechtsextremismus als zwei Seiten einer Achse oder eins Hufeisens, in der die Mitte das Gute darstellt, unkritisch übernommen wird. Dies scheitert schon an der wissenschaftlichen Unklarheit des Begriffs "Linksextremismus": Zuletzt hat das Deutsche Jugendinstitut in seinem "Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogrammes "Initiative Demokratie stärken" für das Jahr 2011 zu Recht darauf hingewiesen, dass "die Forschung zum Thema "Linksextremismus" sehr lückenhaft ist" (DJI 2012, S. 7) und eine "unreflektierte Übertragung von Konzepten der Rechtsextremismusprävention kritisch zu hinterfragen" sei (ebd., S. 10). Aufgrund der Unklarheit des Begriffes verwendet ihn das DJI nur in Anführungsstrichen, was für diesen Artikel übernommen wird. "Als hinderlich wird von den Projekten vor allem der sehr geringe Forschungsstand zu "Linksextremismus" und die fehlende Klärung der Phänomens aus sozialwissenschaftlicher Perspektive" genannt (ebd., S. 67). Bezeichnend ist auch, "dass die Hälfte der Projekte die Verwendung des Begriffs "Linksextremismus' weitgehend ablehnen" (S. 68). Eine in den letzten Jahren immer wieder in der tagespolitischen Diskussion durchscheinende Parallelisierung von Rechts- und "Linksextremismus" ist aus fachlicher Sicht eher verwirrend oder vernebelnd als zielführend, da es sich um völlig unverbundene Phänomene von unterschiedlicher gesellschaftlicher Relevanz handelt, die lediglich zur Konstruktion von politischen Argumentationsketten ("Wer gegen Rechts ist, muss auch gegen Links sein") in eine sprachliche Nähe gerückt werden. Selbst beim Bekanntwerden des rechtsextremen Hintergrunds der NSU-Morde wurden auch von seriösen Medien oberflächliche Parallelen zu Taten der Rote-Armee-Fraktion in den 1970er- und 1980er-Jahren hergestellt, die gemeinsam mit der eingängigen Formel vom Rechtsund "Linksextremismus" und dem bildlich leider sehr eingängigen und anschaulichen Achsen- oder Hufeisenmodell dazu beitragen, dass sich das Bild einer gleichgewichtigen Bedrohung durch einen "Extremismus" von beiden Seiten in den Köpfen festsetzt.

Die Jugendverbände im Deutschen Bundesjugendring, der sich wiederholt deutlich von der Extremismustheorie und einer Parallelisierung von Rechts- und "Linksextremismus" distanziert hat, gehen andere Wege. Zum einen gehen sie – zum größten Teil erfreulich selbstkritisch – mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Diskriminierung und Rassismus im eigenen Verband um und entwickeln vielfältige, auf den Verband angepasste Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus; zum anderen haben sie ein umfangreiches pädagogisches Repertoire entwickelt, um auch inhaltlich für Toleranz und gegen Rassismus – innerhalb und außerhalb des Verbandes – zu arbeiten.

Bei einem Fachgespräch des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit e.V. (IDA) 2009 in Hannover wurden unter aktiver Mitwirkung von rechtsextremer Unterwanderung betroffener oder bedrohter Verbände besondere Faktoren herausgearbeitet, die einzelne Verbände für Rechtsextreme attraktiv erscheinen lassen können. So können Uniformen und Hierarchien, wie man sie etwa bei der THW-Jugend oder der Deutschen Jugendfeuerwehr findet, ebenso wie ein zunächst unpolitischer, aber mit Männlichkeitsritualen (und oft geschlechtsgetrennten Aktivitäten) durchwobener Raum wie etwa in verschiedenen Bereichen des Sports, auf rechtsextrem orientierte Jugendliche attraktiv wirken. Verbände, die häufig gegen ihren Willen besonders attraktiv auf junge Menschen mit rassistischen Einstellungen wirken, erreichen aufgrund ihrer gesellschaftlich breiten Aufstellung und ihres weniger pädagogisch wirkenden Settings auch Jugendmilieus, in denen rassistische Einstellungen stärker verbreitet sind. Sie haben somit einerseits eine besondere Verantwortung und laufen andererseits in besonderer Weise Gefahr, dass ihr Image durch immer wieder bekannt werdende Einzelfälle Schaden nimmt, in denen rechtsextreme Positionen im Kontext des Verbandes sichtbar werden oder Verantwortliche sich in verbandsschädigender Weise äußern oder verhalten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass gerade die genannten Verbände Rechtsextremismus nicht nur als ein Problem der Gesellschaft "da draußen" sehen, das es politisch zu bekämpfen gilt, sondern auch innerverbandlich Vorsorge treffen. Mit Projekten wie "Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie" (vgl. Hafeneger/Becker 2012), die Mitwirkung der Deutschen Sportiugend an der Kampagne "Foul von Rechtsaußen – Sport und Politik verein(t) für Toleranz, Respekt und Menschenwürde" oder der Entwicklung von pädagogischen Materialien, in denen auch die eigene verbandliche Positionierung deutlich wird (vgl. vielfältige Beispiele unter www.vielfaltmediathek.de) verdeutlichen die Verbände nach innen und außen ihre Positionierung gegen Rechtsextremismus

Häufig sind es gerade die Jugendverbände, die das Thema in den sogenannten Erwachsenen- bzw. Gesamtverband hineintragen oder es für ihn vertreten: die Deutsche Jugendfeuerwehr hat mit ihren Projekten zu Inklusion und Demokratieerziehung sowie Anregungen zur Interkulturellen Öffnung in den Gesamtverband hineingewirkt; das Technische Hilfswerk führt derzeit auf Vermittlung der THW-Jugend und mit Unterstützung des IDA und des DGB Bildungswerks eine interne Schulung mit vier Modulen zum Umgang mit Rechtsextremismus durch; der Vorsitzende der Deutschen Sportjugend hat den Deutschen Olympischen Sportbund

beim Spitzentreffen der BundesministerInnen Friedrich und Schröder zur Bekämpfung des Rechtsextremismus Ende Februar 2012 in Berlin vertreten. Diese Beispiele zeigen, dass gerade in häufig eher als unpolitisch wahrgenommenen Verbänden mit stärkerer hierarchischer Struktur die Jugendverbände wichtige Motoren der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus sein können und so auch zum Katalysator notwendiger Veränderungen ihrer Organisationen werden können, die in vielen Fällen mit guter inhaltlicher Arbeit, gelegentlich aber auch mit Konfrontation und Provokation angestoßen werden können.

Auch innerhalb der Jugendverbandsarbeit sind die unterschiedlichen politischen Aktionsformen gegen rechtsextreme Aufmärsche und Demonstrationen umstritten. Während einige VerbandsvertreterInnen befürchten, dass in einer Spirale von Demonstrationen und Gegendemonstrationen den Rechtsextremen zu viel Geltung und Aufmerksamkeit zuteil wird, sehen andere es als wichtigen Akt der Zivilcourage an, mit klaren Signalen der Zivilgesellschaft und ggf. auch mit gewaltfreien Blockaden das Wirkungsfeld und die Sichtbarkeit von rechtsextremen Gruppierungen zu beschränken und fühlen sich beispielsweise durch das Ausbleiben mehrerer angemeldeter rechtsextremer Demonstrationen in Dresden am 13. und 18. Februar 2012 in diesem Ansatz bestätigt.

Jugendverbände erheben – wie auch die Jugendsozialarbeit und die Offene Jugendarbeit – zu Recht die Forderung nach einer ausreichenden Förderung, um Präsenz in der Fläche und in sozialen Brennpunkten zeigen zu können. Nur ein dichtes Netz der Kinder- und Jugendarbeit schafft Angebote und Zugänge für möglichst viele Jugendliche und bietet damit die Chance auch junge Menschen mit noch nicht verfestigten rechtsextremen Tendenzen zu erreichen, in denen ein positives und nicht menschenfeindliches Menschenbild vorgelebt und vermittelt wird.

Selbstkritisch sollte sich die Kinder- und Jugendarbeit allerdings auch eingestehen, dass sie nicht schon automatisch gegen Rechtsextremismus wirkt. Mitglieder in Jugendverbänden sind nicht per se weniger rassistisch. Sie bietet jedoch aufgrund der sie prägenden Freiwilligkeit einen gut geeigneten Möglichkeitsraum, um Vielfalt und Andersartigkeit in einem positiven Kontext zu erleben, und zu lernen, wie ganz unterschiedliche Menschen selbstbestimmt zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen können – nicht ohne Konflikte, aber mit funktionierenden Regelungsmechanismen, die allen zu ihrem Recht verhelfen. Dieses anspruchsvolle Programm einer offenen Gesellschaft kann unter den weniger leistungsorientierten und auf Freiwilligkeit beruhenden Rahmenbedingungen der außerschulischen Jugendbildung oder der offenen Jugendarbeit offensichtlich wesentlich wirkungsvoller vermittelt werden als in der Schule. Dennoch müssen auch die Jugendverbände kritisch überprüfen, wie sie die große Gruppe der Jugendlichen besser und nachhaltiger erreichen, die für Bildungsangebote und andere eher formalisiert wirkende Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zunächst nicht erreichbar scheinen. Denn: Die Ergebnisse der Milieuforschung (z.B. Sinus-Milieustudie U27 und Sinus-Jugendstudie u18) deuten aus meiner Sicht darauf hin, dass die Jugendverbände Milieus, die für rechtsextreme Einstellungen besonders empfänglich sind, nur weit unterdurchschnittlich erreichen.

Nicht immer lässt sich das Engagement der Jugendverbände eindeutig unter der Überschrift "gegen Rechtsextremismus" verorten. Ihre vielfältigen Aktivitäten in Themenbereichen wie Interkulturelle Öffnung, Unterstützung von

Selbstorganisationen junger MigrantInnen oder Antidiskriminierung sind jedoch ebenfalls wirkungsvoller Bestandteil einer Prävention gegen Rassismus. IDA hat in den letzten Jahren mit mehreren Kooperationspartnern Erfahrungen mit Social-Justice-Trainings (vgl. Bundschuh/Jagusch 2010) gesammelt, zusammengeführt und veröffentlicht. Viele Verbände und Träger der Bildungsarbeit haben Bildungsbausteine für die Jugendgruppenarbeit, die Gruppenleiterausbildung, Projekttage in Schulen usw. entwickelt. Gerade in diesem Themenfeld ist das Hineinwirken der außerschulischen Jugendarbeit in den schulischen Bereich von großer Bedeutung (vgl. etwa www.netzwerk-courage.de).

Von nicht zu unterschätzender Wirkung nach innen und außen ist aber auch, dass die meisten Jugendverbände Wert darauf legen, dass ihre Haltung gegen Rechtsextremismus und Rassismus nach innen und außen deutlich wird. Dies bietet jungen Menschen Orientierung und stärkt sie in Diskussionen und Auseinandersetzungen vor Ort und es ist auch ein notwendiges politisches Signal.

Unter engagementpolitischen Gesichtspunkten gilt es weiterhin dafür zu streiten, dass bei der politischen und gesellschaftlichen Bewertung ehrenamtlichen Engagements, z.B. im Freiwilligensurvey, auch die kritischen und widerständigen Elemente bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen beispielsweise in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus gewürdigt werden, denn auch eine Demonstration, eine Mahnwache oder eine friedliche Blockade organisiert sich nicht von selbst.

Durch die Einführung der Demokratieklausel durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für Mittelempfänger aus dem Bundesprogramm "Toleranz fördern – Kompetenz stärken" fühlen sich zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich häufig in breiten Bündnissen nach kontroversen inhaltlichen Diskussionen dennoch gemeinsam gegen Rechtsextremismus engagieren, in ihrem Engagement behindert und unter Generalverdacht gestellt. Gerade die Jugendverbände gehören in breiten gesellschaftlichen Bündnissen gelegentlich zu den Brückenbauern zwischen "den Lichterketten" und "der Antifa" und werden so zu verbindenden Baumeistern am cordon sanitaire gegen Rassismus und rechtsextreme Gewalt.

IDA-NRW ist gerade am Aufbau einer Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen nach dem Vorbild der neuen Bundesländer beteiligt. Dies hat auch für mich persönlich die Vernachlässigung der Opferperspektive im Diskurs über Rechtsextremismus noch einmal verdeutlicht. Ob aus einem christlichen, einem humanistischen oder einem muslimischen Menschenbild heraus, ob aus persönlicher Anteilnahme oder aus politischer Solidarität: Die Opfer rechtsextrem motivierter Gewalttaten und Übergriffe verdienen unsere Unterstützung, bedürfen unserer Hilfe und mahnen gesellschaftliche Wachsamkeit und wirkungsvolle Prävention an.

Ansgar Drücker ist Diplom-Geograf und nach vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Jahren in der Jugendverbandsarbeit seit Anfang 2011 Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit e.V. (IDA). IDA (www.idaev.de) ist das Dienstleistungszentrum der Jugendverbände für die Themenfelder (Anti-)Rassismus, Rechtsextremismus, Migration, Interkulturalität und Diversität.

Literatur:

Bischöfliche Medienstiftung der Diözese Rottenburg-Stuttgart/Bund der deutschen katholischen Jugend/Bundeszentrale für politische Bildung/Deutsche Kinder- und Jugendstiftung/Misereor/Südwestrundfunk (Hg.) (2012): SINUS-Jugendstudie u18. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Verlag Haus Altenberg

Bund der deutschen katholischen Jugend/Misereor (Hg.) (2007): Wie ticken Jugendliche? Sinus-Milieustudie U27. Verlag Haus Altenberg

Bundschuh, Stephan/Jagusch, Birgit (Hg. im Auftrag des IDA) (2010): Antirassismus und Social Justice. Materialien für Trainings mit Jugendlichen. IDA (Eigenverlag)

Deutsches Jugendinstitut (Hg.) (2012): Bericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogrammes "Initiative Demokratie stärken" (http://www.taz.de/fileadmin/static/pdf/2012-03-01_dji_ergebnisbericht_demokratie_staerken_sw.pdf - letzter Zugriff 09.03.2012)

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Friedrich-Ebert-Stiftung (Eigenverlag)

Hafeneger, Benno/Becker, Reiner (2012): "Den Blick nach innen gerichtet" – Bericht aus einem Projekt der Deutschen Jugendfeuerwehr. In: Bundschuh, Stephan/Drücker, Ansgar/Scholle, Thilo: Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Wochenschau Verlag (im Erscheinen)

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2011): Deutsche Zustände. Folge 10. edition suhrkamp